



Landesseniorenvertretung Berlin, Parochialstr. 3, 10179 Berlin

Protokoll 42. LSV-Plenum

Termin: 27.10.2021
Zeit: 10:00 Uhr – 12:30 Uhr
Ort: Stadtteilzentrum Schönholzer Str. 10A, 13187 Berlin

Anwesenheit: 11 Bezirke,

Tagesordnung

1. Begrüßung und Beschluss über die Tagesordnung erfolgt einstimmig

2. Protokoll der 41. Plenartagung vom 22.09.2021 wird angenommen

3. Thema: Klimaschutz und Gesundheit im Alter - BAGSO Positionspapier zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Herr Dr. Kloß nimmt auf das vorab versendete Papier Bezug und thematisiert die Belange der Älteren beim Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Eine zu dichte Bebauung mindert die Frischluftzufuhr, was für Menschen, die das Wohngebiet nicht verlassen können, besonders nachteilig ist (wie im Hitzesommer 2018 durch das RKI nachgewiesen wurde) Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte Bezirk, insofern muss der Ruf nach mehr Wohnungsbau auch klimarelevante Aspekte berücksichtigen.

Es folgt eine ausführliche Diskussion, die selbstverständlich auch das eigene Ressourcen schonende Verhalten der Älteren einschließt. Herr Witt berichtet vom Verteilen der „Gelben Karte“ gegen Fußgänger behinderndes Verhalten in Tempelhof-Schöneberg.

Die Landesseniorenvertretung einigt sich darauf, folgende klimapolitischen Forderungen an die in Koalitionsverhandlungen stehenden Berliner Parteien zu richten:

1. Generationsübergreifend fordern wir, kommunale Hitzeaktionspläne zu erstellen, die bei allen Bauvorhaben zu berücksichtigen sind.

2. Menschen im höheren Lebensalter brauchen erreichbare Grünflächen (Parks, Friedhöfe, Kleingartenanlagen u.a. Freiflächen) im Wohnumfeld mit Schatteninseln, Sitzmöglichkeiten, Toiletten und Papierkörben.

3. Gehwege müssen ausschließlich den Gehenden und Nutzer*innen von Mobilitätshilfen zu Verfügung stehen.

Das Kapitel Fußverkehr des Mobilitätsgesetzes ist umzusetzen. Ausreichende Beleuchtung, Beseitigung von Stolperstellen und Absenkung von Bordsteinkanten haben

Priorität.

4. Fragen bzw. Thesen für Abschlussworkshop zur Evaluation des Seniorenmitwirkungsgesetzes

Frau Dr. Hambach berichtet über die am Vortag von Ramboll erhaltene Info zum teilnehmenden Kreis des Workshops (4 Pers. LSV; 4 Pers. LSBB, 4 MA von BÄ; 4 MA SenVerw; 1 Pers.KomZen; 1 Pers. Behindertenvertretung).

Sie stellt bedauernd fest, dass ihrer Bitte, thematische Schwerpunkte und Fragestellungen vor dem Workshop zu bekommen, leider nicht gefolgt wurde.

Sie möchte folgende Fragen klären:

- Brauchen wir zwei Landesmitwirkungsgremien?
- Zusammensetzung durch basisdemokratische Wahl oder Bestimmung von „oben“ bzw. dem zu bildenden LSBB selbst?
- Ist der LSBB mit 25 Mitgliedern von der Größe her ein arbeitsfähiges Gremium?
- Wie kommen Themen der Basis = Senior*innen der Bezirke an das Abgeordnetenhaus?
- Was bedeutet Vielfalt in der Zusammensetzung der bezirklichen Seniorenvertretungen?
- Klärung der juristischen Stellung der Seniorenmitwirkungsgremien?
- Obwohl das BezVG aktuell geändert wurde, ist die Forderung, das BerlSenG zu verankern, bisher nicht berücksichtigt worden.

Herr Emanuel trägt den Brief der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf an die Senatorin Breitenbach (als Anlage an alle versendet) vor, in dem die Seniorenvertreter*innen ihren Ärger zum Ausdruck gebracht haben, zu wenig einbezogen zu werden.

Diese Kritik wird von den Anwesenden geteilt. Es überwiegt der Eindruck, dass der Senat mit den gewählten Seniorenvertreter*innen nicht respektvoll umgeht sondern über sie und ihre Arbeit und nicht mit ihnen spricht.

In allen Bezirken werden landeseinheitliche Regelungen zur Finanzierung – insbes. der Aufwandsentschädigungen – sowie zum Rede- und Antragsrecht in BVV-Ausschüssen gefordert.

Die Vorstandsmitglieder nehmen für den Workshop mit:

1. Die digitale Befragung erreichte nur ein Drittel aller SV-Mitglieder, deshalb klären die Ergebnisse die Probleme nicht.
2. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu klären, mit dem Ziel der gleichberechtigten Verankerung des BerlSenG (wie z.B. Kinder- und Jugendhilfegesetz, Integrations- und Partizipationsgesetz) im Bezirksverwaltungsgesetz.
3. Die Verwaltungsvorschriften zur Wahl der Vorschlagslisten und Berufung der Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretungen sind hinsichtlich Zeitpunkt der Wahl (kurz nach BVV-Wahlen), Zeitablauf des Wahlprocedere und Dauer der Wahlperiode zu überprüfen.
4. Die LSV-Mitglieder sollen im LSBB die Mehrheit bilden.
5. Umfassende Information aller Seniorenvertretungen über das Evaluationsergebnis ist sicher zu stellen (nicht nur über den LSBB).

5. Bericht des Vorstandes

Das Gespräch zwischen LSV- und LSBB-Vorständen am 12.10.21 endete lediglich mit einer allgemeinen Erklärung:

„Die Vorstände der Landessenioren-Mitwirkungsgruppen haben in einer gemeinsamen Sitzung am 12. Oktober 2021 über Fragen und Probleme der Zusammenarbeit beider Gruppen mit der zuständigen Senatsverwaltung beraten.

Man war sich darin einig, dass die beiden Gruppen einen wichtigen Beitrag für die seniorenpolitische Arbeit im Land Berlin leisten. Die Zusammenarbeit beider Gruppen ist daher wichtig und ihr wird auch in der Zukunft eine bedeutende Rolle in der Seniorenarbeit zukommen, auch wenn es zu Details der Prinzipien der Zusammenarbeit bezüglich der gemeinsamen Geschäftsstelle unterschiedliche Auffassungen gibt. An der Klärung dieser Probleme wird gemeinsam gearbeitet“.

Absprachen zu Dt. Seniorentag am 24.11. in Hannover.

Deshalb findet kein LSV-Plenum mehr in 2021 statt.

6. Verschiedenes

Austausch zum Stand der Seniorenwahlen in den Bezirken.

Lt. Info von Sen IAS gäbe es in allen Bezirken ausreichend Vorschläge.

Geeignete Formen der Vorstellung von Kandidat*innen wird diskutiert.

Verwendung von Videoclips wird überlegt.

Kosten für Herstellung und Möglichkeiten der Präsentation müssen geprüft werden.

Das nächste Plenum findet am 26.01.2022 im Nachbarschaftszentrum Divan e.V., Nehringstr. 8 in Charlottenburg- Wilmersdorf statt.

Protokoll: G.Grunwald, Schriftführerin